

WK5 Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 21.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 Die Verwaltung in unserer Zeit ankommen lassen

2 Wir brauchen endlich eine landesweite Umstellung und Förderung von E-Government-
3 Strukturen.

4 Wir fordern eine zentrale Anfragestelle für Bürger*innen, um Fragen oder
5 Probleme an die Verwaltung zu geben. Mit Hilfe eines Ticketsystems sollen sie
6 schnell und unkompliziert Antworten auf ihre Eingaben erhalten. Bei
7 Neuanschaffungen des Landes soll der Fokus auf Nachhaltigkeit liegen.

8 Für flächendeckendes Internet sollten sämtliche Landesgebäude mit Freifunk
9 ausgestattet werden.

10 Mit dem Transparenzgesetz wurde in RLP viel erreicht. Informationen sollen
11 Bürger*innen leichter zugänglich gemacht werden durch niedrigschwellige
12 Informationskampagnen, z.B. zu Mieter*innenrechten oder Schüler*innenrechten.
13 Dazu müssen Behörden aktive Informationsstrategien, auch in einfacher Sprache,
14 entwickeln. Die Digitalisierung muss, das hat uns die Corona-Pandemie nochmal
15 verdeutlicht, mit Nachdruck vorangebracht werden. Es müssen viel mehr
16 Verwaltungsvorgänge vom Handy und heimischen PC aus möglich sein.

17 Wir fordern landesweite E-Government-Strukturen: unter Leitung des Landes soll
18 so allen Bürger*innen über ein Portal die Kommunikation sowohl mit kommunalen
19 als auch mit Behörden des Landes ermöglicht werden - am Leitbild eines
20 Ticketsystems sollen so auch komplexere Vorgänge stattfinden. In unseren Augen
21 wird dies Verwaltungen und Bürger gleichermaßen entlasten und bildet einen
22 elementaren Baustein der Strukturen von morgen.

23 Um die Strukturen des Landes langfristig zu entwickeln, fordern wir den Fokus
24 bei IT-Neuanschaffungen des Landes auf GreenIT und Interoperabilität zu legen,
25 um auch in der IT des Landes den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu
26 werden.

27 Um Ressourcen des Landes nachhaltig einzusetzen, möchten wir mit Nachdruck
28 GreenbyIT Systeme einsetzen, an unseren Hochschulen und Instituten im Land
29 werden diese Systeme entwickelt und verschaffen uns die Möglichkeit einen echten
30 Mehrwert daraus zu gewinnen.

31 Justizpolitik mit Fokus auf Prävention

32 Grüne Justizpolitik muss andere Wege gehen. Dazu muss viel stärker auf
33 Prävention statt Reaktion gesetzt werden. Zu einem umfassenden
34 Präventionsprogramm gehören deutlich mehr Streetworker*innen,
35 Sozialpädagog*innen und Psycholog*innen, aber auch etwa flächendeckende

36 Versorgung mit Jugendhäusern in den Städten und auf dem Land. Diese müssen für
37 junge Menschen gut erreichbar sein. Auf diesem Wege wollen wir Straftaten
38 verhindern, bevor sie begangen werden. Es müssen ausreichende Strukturen in
39 Rheinland-Pfalz geschaffen werden, die vor allem junge Menschen erreichen. Oft
40 können Streetworker*innen und Vertrauenspersonen mehr erreichen als
41 Richter*innen oder Polizist*innen. Die Justiz- und Innenpolitik in Deutschland
42 setzt zu sehr auf Überwachung und Bestrafung, statt Prävention. Dies wollen wir
43 ändern.

44 Durch Prävention entlasten wir zudem auch das viel zu überlastete Justizwesen.
45 Mehr Prävention führt zu weniger Fällen vor Gericht, die sich derzeit massenhaft
46 auf den Schreibtischen der Anwält*innen und Richter*innen sammeln.

47 **Keine Überwachung**

48 Wir lehnen Überwachungsmaßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung oder den
49 Staatstrojaner ab. Bürger*innen sollten nicht unter Generalverdacht gestellt
50 werden.

51 **Polizei als „Freund und Helfer“ wahr werden lassen**

52 Wir wollen ein Notrufgarantie auf dem Land erreichen, Rettungsdienste müssen
53 innerhalb weniger Minuten vor Ort sein und nicht 20 Minuten bis zum Notruf
54 fahren. Außerdem ist es sinnvoll, auch andere Berufsgruppen 24 Stunden in
55 Bereitschaft zu haben. Die Polizei sollte nicht alle Krisen alleine lösen
56 müssen. Psychologen können bspw. besser mit suizidalen Personen umgehen als
57 Polizeibeamte.

58 Die staatlichen Behörden müssen allgemein personell besser aufgestellt werden.
59 Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Behörden die Gesellschaft abbilden.
60 Das heißt es müssen u.a. deutlich mehr Frauen und Menschen mit
61 Migrationshintergrund eingestellt werden.

62 Polizeigewalt ist leider auch ein Problem der rheinland-pfälzischen Polizei. Die
63 Grünen haben sich erfolgreich für eine unabhängige Polizeibeauftragte eingesetzt.
64 Diese muss mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden, um Gewaltexzesse der
65 Polizei wie bei Demos in Ingelheim und Worms zu unterbinden.

66 Die personelle Ausstattung der Vollzugsbehörden, wie der Polizei, muss
67 verbessert werden. Es muss mehr Schulungen hinsichtlich Rassismus und häuslicher
68 Gewalt geben. Die Polizei muss eine Fehlerkultur etablieren. Es darf keinen
69 Korpsgeist innerhalb der Polizei geben, der Aufklärung verhindert. Dazu muss
70 verhindert werden, dass Menschen mit rechtsextremer Gesinnung in den Behörden
71 und der Polizei tätig sind. Wir fordern eine Studie zum Racial Profiling auf
72 Landesebene.

73 Den Taser lehnen wir als Waffe für die Polizei als zu gefährlich ab.
74 Polizist*innen sollten als Helfer*innen ausgebildet werden und nicht
75 schwerbewaffnet durch Städte laufen.